

P R O T O K O L L
der 332. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 25. Mai 2010
Zeit	19.30 - 21.25 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Brügger Yong, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Corti Andrea, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Huber Manuel, Grütter Urs, Häusermann Martin, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kempf Daniela, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Pulver Gerhard, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Streit Lee, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna (ab 19.35 Uhr)
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Markus, Grubwinkler Christa, Siegenthaler Urs
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

15

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 23. März 2010	213
2	Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl	214
3	Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2009	214
4	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2010	218
5	Verwaltungsbericht 2009	219
6	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2009, Abrechnung	223
7	Motion Graham (forum) betr. Schulwegsicherung in der Gemeinde; Zwischenbericht	224
8	Motion FDP/jf und SVP betr. Schulraumplanung	225
9	Postulat Schneider (SP) betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker	227
10	Postulat Raaflaub (FDP) und Huber (jf) betr. Weihnachtsbeleuchtung der Gemeinde Muri	227
11	Interpellation forum-Fraktion betr. Inkraftsetzung und Umsetzung Landschaftsrichtplan	228
12	Interpellation forum-Fraktion betr. Richtplan Siedlungsentwicklung	228
13	Interpellation Gautschi (forum) betr. Wärmeverbund HACO	229
14	Informationen des Gemeinderats	231
15	Neue parlamentarische Vorstösse	231

Der Vorsitzende eröffnet die 332. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse den vollzählig anwesenden Gemeinderat, die Ratsmitglieder, die VertreterInnen der Presse sowie die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung, insbesondere Herrn Beat Schmid, welcher für Auskünfte zur Verfügung stehe.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 23. März 2010

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, für den vakanten Sitz schlage die FDP. Die Liberalen Barbara Niederhäuser, Seidenberggässchen 63, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Barbara Niederhäuser wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten.

3 Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2009

Rolf Friedli führt aus, die GPK habe den Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen anlässlich ihrer letzten Sitzung vom 19. Mai 2010 nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Bei der Kontrolle sei festgestellt worden, dass hauptsächlich die Aufwendungen der Pos. 580 Sozialhilfe gegenüber dem Budget um CHF 955'000.00 und gegenüber der Rechnung 2008 um CHF 658'000.00 überschritten worden seien. Leider habe die GPK seitens des Finanzverwalters und seitens des Gemeindepräsidenten ad hoc keine abschliessende Antwort über die Gründe, die dazu geführt hätten, erhalten. Es sei aber zugesichert worden, dass die GPK anlässlich der Juni-Sitzung detailliert darüber aufgeklärt werde, wie sich dies entwickelt habe. Im Weiteren sei festgestellt worden, dass eine Kostenüberschreitung im wesentlichen Ausmass von CHF 88'970.00 bei der Spitex vorliege. Hier sei die Erklärung abgegeben worden, man wolle die Spitex "fit machen", da in zwei Jahren ein neues Tarifmodell in Kraft trete. Die Spitex könne im Übrigen ein finanziell ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Die GPK möchte festhalten, dass der Gemeinderat und die Verwaltung mit der vorliegenden Rechnung die Budgetdisziplin aufrecht erhalten hätten und die Gemeinde in einem grossen Ausmass von besseren Steuererträgen als budgetiert habe profitieren können. Aufgrund der Prüfung schlage die GPK dem Parlament vor, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, der Rechnungsabschluss 2009 habe beim Gemeinderat ein lachendes und ein weinendes Auge hervorgerufen. Weshalb ein lachendes Auge? Die Verschuldung habe um CHF 8 Mio. auf CHF 30 Mio. abgebaut werden können. Dieser Level sei seit 10 Jahren nie mehr erreicht worden. Weiter könne festgestellt werden, dass das Rechnungsergebnis der Verwaltung ein gutes Zeugnis ausstelle. Einerseits seien die Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung zu einem überwiegenden Teil sehr klein, es liege also eine hohe Budgetgenauigkeit vor. Andererseits seien die budgetierten Aufwendungen sowohl im Personal- als auch im Sachaufwandbereich - die zwei bedeutendsten Bereiche, welche die Verwaltung selber beeinflussen könne - klar unterschritten worden. Ins gleiche Kapitel gehe, dass mit 153 so wenig Nachkredite vorliegend seien, wie in den letzten 20 Jahren fast nie, habe es doch in dieser Zeitspanne nur zwei Jahre gegeben, in welchen weniger Nachkredite hätten bewilligt werden müssen. Zudem sei insbesondere sehr erfreulich, dass das budgetierte Defizit von CHF 2,9 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1,1 Mio. massiv habe unterschritten werden können. Dies alles seien Gründe für ein lachendes Auge. Weshalb ein weinendes Auge? Der erste Grund sei offensichtlich, indem ein Defizit immer ärgerlich und nach Möglichkeit zu vermeiden sei. Zweitens: So wie der alte Cato all seine Voten damit geschlossen habe, er beantrage im Übrigen Karthago zu zer-

stören, so sage er auch wie jedes Mal beim Rechnungsabschluss, es sei natürlich wahnsinnig, dass auch im letzten Jahr wiederum zusätzlich CHF 1,3 Mio. in den Finanzausgleich hätten abgeliefert werden müssen. Das dritte Element für das weinende Auge sei, dass man bis im November 2009 von einem +/- ausgeglichenen Abschluss ausgegangen sei. In den Monaten November ff seien dann verschiedene neue Berechnungen der kantonalen Steuerverwaltung eingegangen, die einen namhaften Rückgang der Gewinnsteuern bei den juristischen Personen angekündigt hätten. Dieser spürbare Rückschlag habe in Kauf genommen werden müssen. Demgegenüber hätten bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen Zuwächse entgegengenommen werden können. Das weinende Auge habe insbesondere auch mit der Zukunft zu tun. Wie für alle anderen Gemeinden auch, sehe es für die Jahre 2011 ff nicht rosig aus und man werde alles daran setzen, um die Defizite auf ein vernünftiges Level zu begrenzen.

Er komme nun zu der vom GPK-Sprecher bereits angesprochenen Frage nach den Gründen der Aufwandsteigerung von knapp 20 % im Bereich der Sozialhilfe (Kontogruppe 580, Seite 28 der Rechnung). Diese Steigerung rufe insbesondere deshalb nach einer Begründung, weil im heute ebenfalls vorliegenden Verwaltungsbericht auf Seite 59 ein Rückgang der Fallzahlen von 183 auf 176 ausgewiesen werde. Gestützt auf detaillierte Unterlagen der Abteilung Soziale Dienste könne er zu dieser Frage wie folgt Stellung nehmen:

1. Wie bei allen anderen öffentlichen Aufgaben auch, müsse eine gesamtheitliche Betrachtungsweise dieser Zahlen erfolgen und es seien sowohl der Aufwand als auch der Ertrag zu beachten. Werde dies nicht getan, ergebe sich ein schiefes resp. falsches Bild. Im konkreten Fall liege folgender Zahlenkranz vor: Im Bereich Sozialhilfe liege eine Aufwandsteigerung vom Voranschlag 09 zur Rechnung 09 von 18,7 % vor. Werde diese Aufwandsteigerung bemessen anhand der Rechnungen 08 und 09 seien es 12,2 %. Nun komme der springende Punkt, damit kein falsches Bild entstehe: Gleichzeitig liege zwischen Voranschlag 09 und Rechnung 09 eine Ertragssteigerung von nicht weniger als 37,8 % vor, also eine doppelt so hohe Ertragssteigerung wie die Aufwandsteigerung. Dies habe zum erfreulichen Ergebnis geführt, dass der verbleibende Nettoaufwand zwischen dem Jahr 08 und dem Jahr 09 nur um CHF 76'000.00 oder um 2,7 % angestiegen sei.
2. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, die im Verwaltungsbericht ausgewiesenen Fallzahlen etwas genauer zu betrachten. Wie bereits ausgeführt, seien die Fallzahlen von 183 auf 176 zurückgegangen. Es wäre aber falsch davon auszugehen, dass damit auch die Anzahl der unterstützten Personen zurückgegangen sei. Es handle sich dabei um zwei Paar Schuhe. Ein Fall sei ein Dossier, unabhängig davon, ob in einem Dossier eine Person oder eine 7-köpfige Familie betroffen sei. Die Fallzahlen seien nun also zurückgegangen, die Anzahl der unterstützten Personen sei aber um 16 Personen angestiegen. Es könne festgehalten werden, dass die Anzahl der unterstützten Personen im Jahr 2009 um 4,7 % und der Nettoaufwand um 2,7 % angestiegen seien, dass also der Nettoaufwand pro unterstützte Person im Jahr 2009 sogar gesunken sei.
3. Entscheidend in der Sozialhilfe sei - was die Finanzen betreffe - zweierlei:
 - Es sei sicherzustellen, dass die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger genau das erhalten würden, was ihrer konkreten Situation und den massgeblichen rechtlichen Grundlagen entspreche (Sozialhilfegesetz, Sozialhilfeverordnung, SKOS-Richtlinien, Vorgaben der Vormundschafts- und Sozialkommission [VSK]), nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dieser Prozess werde bei unseren Sozialen Diensten sehr sorgfältig abgewickelt. Es bestehe selbstverständlich ein internes Kontrollsystem und darüber hinaus führe die VSK alljährlich stichprobenweise, aber vertiefte Fallüberprüfungen durch. Zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion würden der VSK zudem detaillierte, aussagekräftige Statistiken zur Verfügung stehen.

- Die Erträge würden eine grosse Rolle spielen. Hier gelte es festzuhalten, dass die Sozialen Dienste verpflichtet seien, die Erträge geltend zu machen, da diese auf entsprechenden rechtlichen Grundlagen basieren würden. Die Erträge würden aus folgenden Quellen stammen: aus AHV/IV/EL, aus ALV/EO, aus Krankenkassenbeiträgen, aus Alimentenschulden (z.T. aus anderen Kantonen), aus Erbschaften, von Unterstützten selbst (wenn sie zu Einkommen gelangten) bzw. z.T. von deren Angehörigen, aus Einkommen aus Erwerb, Stipendien, etc. Es handle sich also um einen ganzen Strauss und um eine grosse Knochenarbeit für die Sozialen Dienste. Die entsprechende Rücklaufquote (Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag) belaufe sich seit vielen Jahren auf über 50 %. Im Jahr 2008 seien es 53,1 % gewesen im Jahr 2009 sogar 56,9 %. Der Aufwand könne in einzelnen Jahren durch einige wenige Fälle gewaltig steigen. Er möchte dies anhand eines Beispiels aus unserer Gemeinde aufzeigen: Eine Jugendliche, welche aufgrund eines Fürsorgerischen Freiheitsentzugs habe in einem Heim untergebracht werden müssen, verursache monatliche Kosten von CHF 20'000.00. Es würde noch andere Beispiele geben, welche das Ergebnis namhaft beeinflussen würden. Er möchte festhalten, dass in der Kontogruppe 580 nicht nur Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger im klassischen Sinn, sondern auch vormundschaftliche Massnahmen enthalten seien.

Der Anstieg der Sozialhilfekosten könne mit all diesen Faktoren ohne Weiteres begründet werden. Gleichzeitig sei die Feststellung ganz wichtig, dass auch die Ertragsseite sehr sorgfältig bewirtschaftet werde und die Gelder, auf welche die Gemeinde Muri Anspruch habe, auch geltend gemacht würden. Sozialhilfe sei ein sehr komplexes Thema und sofern seitens der GPK das Bedürfnis bestehe, seien die Fachleute der Sozialen Dienste selbstverständlich bereit, anlässlich einer der nächsten Sitzungen noch detaillierter Auskunft zu erteilen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge: Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen, Nachkreditabelle Rechnung 2009 nach Ressort, Rechnung 2009 übrige Rubriken.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Adrian Kauth (FDP/jf) dankt der Finanzverwaltung, insbesondere Beat Schmid, für den Verwaltungsbericht über das Finanz- und Steuerwesen 2009. Das Werk sei wie gewohnt umfangreich und sehr aussagekräftig. Vom Resultat her hätten sich aber leider die Budgetberechnungen bewahrheitet und der Aufwandüberschuss sei im erwarteten Ausmass eingetreten. Trotzdem, oder erst recht, möchte er aber auch der Verwaltung für das Einhalten der Budgetdisziplin danken, nur so sei es möglich, ein noch einigermaßen akzeptables Resultat zu erhalten. Die Aussichten für die kommenden Jahre seien aber alles andere als rosig. Im Finanzbereich müsse mit grösseren Schwierigkeiten gerechnet werden. Hier würden nicht nur kreative, sondern zum Teil auch schmerzhaft Lösungsansätze erforderlich sein. Aus seiner persönlichen Sicht gebe es aber unter anderem immer noch Spielraum in der Ausgestaltung von Projekten. Luxusausführungen seien zwar für das Auge sehr schön, für den Betrieb und den Zweck seien sie jedoch nicht notwendig. In diesem Zusammenhang wolle er nur kurz den zweiten Standort der Tagesschule in Muri und die perfektionistische Ausgestaltung der Aebnitstrasse in Erinnerung rufen. Das heisse, dass man für die kommenden Geschäfte gute Lösungen mit einem realistischen Preis-/Leistungsverhältnis, allenfalls mit Variantenvorschlägen, erwarte. Beim Ver-

waltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2009 stimme die FDP/jf-Fraktion allen vier Anträgen des Gemeinderats einstimmig zu.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er schliesse sich dem Dank an, ohne diesen zu vertiefen. Es sei ja einmal so eingeleitet worden, dass nicht jede Fraktion eine grosse Verdankung vornehme. Er möchte sagen "auch Gutes kann man verbessern" und dazu zwei Sachen deponieren: Einerseits sei aufgefallen, dass bei der Abfallrechnung CHF 200'000.00 vorwärts gearbeitet worden seien. Dies bedeute, dass mehr als 10 % an Gebühren eingenommen wurden, welche nicht für den laufenden Betrieb benötigt worden seien. Ein 35 l-Sack koste somit eigentlich nicht CHF 1.80, sondern CHF 1.60. Man müsse dies im Auge behalten und allenfalls die Abfallgebühren anpassen. Zum Zweiten werde immer wieder davon gesprochen, wie viel uns der Finanz- und Lastenausgleich koste. Es werde nicht davon gesprochen, was uns dieser bringe, weil er uns bis jetzt eben nichts gebracht habe. Abgesehen davon, dass wir rund einen Drittel unserer Arbeiten abgegeben hätten, dafür die Steueranlage des Kantons erheblich erhöht und unsere um ca. 1/3 gesenkt worden sei, hätten wir noch nichts gemerkt. Er gehe mit seinem Vorredner einig, dass man Möglichkeiten zum Sparen suchen müsse. Wenn also bei der Gemeinde nur noch zwei Drittel der Aufgaben wahrgenommen werden müssten, müsste allenfalls geprüft werden, ob beim Personal zurückgefahren werden könnte. Wenn in Zukunft auch diejenigen Liegenschaften verkauft seien, welche nach den gesetzten Grundsätzen weg müssten, könne nur noch dort gespart werden. Zu dieser Erkenntnis sollte man nicht erst im dannzumaligen Zeitpunkt kommen, sondern sich bereits heute eine diesbezügliche Steuerung überlegen und prüfen, welche personalintensiven Aufgaben wir unbedingt wahrnehmen müssten. Wenn der Umsatz einer Firma auf 2/3 sinke, müsse auch der Personalbestand angepasst werden.

Matthias Manz führt aus, auch die SP-Fraktion sei froh darüber, dass das Defizit nicht so hoch ausgefallen sei, wie dies habe befürchtet werden müssen und schliesse sich dem Dank des Vorredners an. Das verbesserte Rechnungsergebnis habe aber auch eine Schattenseite. Beim Betrachten der Investitionsrechnung sei festzustellen, dass der Erfüllungsgrad um einiges tiefer als in den vorangehenden Jahren ausgefallen sei. Dies sei gerade im vergangenen Jahr besonders bedauerlich, hätten doch sowohl der Gemeinderat als auch der Grosse Gemeinderat wegen der Krise die Investitionen hoch halten wollen, auch gestützt auf das von der SVP-Fraktion eingereichte Postulat. Ausgerechnet in diesem Krisenjahr seien nun die Investitionen in etwa dieselben wie im Vorjahr. Bedauerlich sei dies vor allem deswegen, weil die nicht getätigten Investitionen nicht einfach eingespart seien, sondern irgendeinmal auf uns zukommen würden. Es gebe natürlich Gründe, weshalb eine Investition nicht umgesetzt werden könne, dies sei immer wieder der Fall. Der Gemeinderat nenne ein Element für den tiefen Realisierungsgrad, nämlich dass bei der Tagesschule Horbern noch nicht soviel habe gebaut werden können, wie geplant. Dabei handle es sich aber nur um CHF 0,6 Mio. von den insgesamt CHF 1,5 Mio. weniger als vorgesehen getätigten Investitionen. Er erlaube sich daher, beim Gemeinderat eine Anregung zu deponieren, nämlich dass aus Transparenzgründen in der Rechnung eine Gegenüberstellung zwischen den geplanten und den getätigten Investitionen gemacht werde. Es leuchte ihm ein, dass dies nicht im Rahmen der normalen Rechnung erfolgen könne. Bei der Investitionsrechnung sei die Voranschlagsspalte leer, da es ja keine Beschlüsse des GGR zu den einzelnen Vorhaben gebe. Dies könnte aber mittels einer separaten Liste geschehen. Die geplanten Bauvorhaben seien aus dem Investitionsplan jeweils ersichtlich, in der Rechnung fehle aber der Vergleich Soll und Ist. Die Vorlage einer Gegenüberstellung wäre wünschenswert und würde der Gemeinde auch erlauben, eine ausführlichere Begründung abzuliefern, so wie dies in der Laufenden Rechnung bei grösseren Abweichungen der Fall sei. Er möchte noch einen Hinweis zum Finanzausgleich anbringen: Es sei natürlich "happig", was die Gemeinde in den kantonalen Ausgleich einschiesse müsse; es handle sich um ca.

CHF 1'100.00 pro Einwohner. Natürlich sei dies viel, man dürfe aber nicht ausser Acht lassen, dass die finanzstarken Kantone der übrigen Schweiz an die Gemeinde Muri ebenfalls CHF 900.00 pro Kopf bezahlen würden. Man dürfe sich also nicht nur darüber beklagen, wie viel die wohlhabende Gemeinde Muri in den kantonalen Topf einlegen müsse, sondern müsse auch berücksichtigen, wie viel die finanzstarken Kantone in den Topf des finanzschwachen Kanton Bern zu bezahlen hätten. Diese Rechnung müsse gemacht werden, nur so sei dies einigermaßen aussagekräftig und unter diesem Aspekt könne das Muriger Gejammer über den grossen Finanzausgleich etwas abgedämpft werden.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, er möchte zu zwei, drei Punkten kurz Stellung nehmen. Zur Abfallrechnung möchte er in Erinnerung rufen, dass vor rund zwei Jahren die Abfallgebühren hätten erhöht werden müssen, da die entsprechende Spezialfinanzierung nur noch einen Betrag von ca. CHF 10'000.00 ausgewiesen habe. Es sei absehbar, dass in den nächsten 2-3 Jahren unter dem Titel öffentliche Sammelstellen relativ viele Mittel benötigt würden und man froh sein werde, wenn diese Spezialfinanzierung entsprechende Reserven aufweise. Es sei aber ganz klar, dass der Stand der Spezialfinanzierung laufend überprüft werden müsse und er könne versichern, dass dem Parlament gegebenenfalls eine Senkung der Gebühren beantragt werde. Was die Investitionsrechnung betreffe, so sei der Realisierungsgrad im Jahr 2009 tatsächlich etwas tiefer als üblich ausgefallen. Über einen langen Zeitraum habe jährlich ein Realisierungsgrad zwischen 80 und 85 % vorgelegen, im Jahr 2009 seien es nun nur rund 71 % gewesen. Wie von Matthias Manz und in der Botschaft erwähnt, hätte rund eine halbe Million Franken nicht im zweiten Halbjahr 2009 in die Tagesschule Horbern investiert werden können, sondern erst in den ersten Monaten des Jahres 2010. Hätte die Realisierung wie ursprünglich geplant im Jahr 2009 erfolgen können, hätte der Realisierungsgrad bei gut 80 % gelegen. Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Ausführungen von Matthias Manz zum FILAG: Er habe noch nie seitens des Kantons Schwyz eine Zahlungsanweisung erhalten. Es sei unbestritten, dass die finanzstarken Kantone den Kanton Bern unterstützen würden, von diesem Geld sehe man aber in der Gemeinde Muri nicht viel.

Die kapitelweise Detailberatung der Jahresrechnung 2009, die Nachkreditabelle sowie der Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2009, Abschnitt „Finanz- und Steuerwesen“, wird genehmigt.
2. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 2'795'120.00 wird Kenntnis genommen.
3. Der Nachkredit für übrige Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 15'420.00 wird genehmigt.
4. Die Jahresrechnung 2009, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'128'977.54 abschliesst, wird genehmigt.

4 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2010

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Mit der Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2010 wird die ROD Treuhand beauftragt.

5 **Verwaltungsbericht 2009**

Der Vorsitzende führt aus, der Verwaltungsbericht liege vor und der nachträglich versandte Bericht der Sportkommission bilde einen integrierenden Bestandteil dieses Verwaltungsberichts.

Jsabelle Gosswailer verdankt als Sprecherin der GPK im Namen des gesamten Parlaments den Verwaltungsbericht 2009. Es sei ihr eine ganz besondere Freude, den Dank im Namen aller anwesenden Fraktionen an die Verwaltung für ihre im letzten Jahr geleistete Arbeit auszusprechen. Eigentlich hätte dies entsprechend dem im letzten Jahr gefassten Entscheid die Sprecherin oder der Sprecher der Fraktion des GGR-Präsidiiums tun sollen. Doch im Detail liege der Teufel, es "menschele" überall und infolge nicht ganz klarer Kommunikation zwischen dem Büro GGR und der GPK dürfe sie dies nun heute übernehmen. Sie mache dies gerne, denn sie finde, es sei schöner zu danken, als kritisieren zu müssen. Wie sich der Rat dies bereits aus den früheren Jahren gewohnt sei - sie möchte fast sagen verwöhnt sei -, könne er sich über die im letzten Jahr geleistete Arbeit der Verwaltung im vorliegenden Bericht detailliert und umfassend informieren. Der Bericht könne auch von den GGR-Mitgliedern als umfassendes und kompetentes Arbeitsinstrument genutzt werden. Wie sie bereits gesagt habe, im Detail liege der Teufel und wo gearbeitet werde und viele Stellen zu koordinieren seien, damit am Schluss ein Ganzes entstehe, könne es eben auch vorkommen, dass etwas untergehe. So sei dies passiert mit dem nicht abgedruckten Kommentar der Sportkommission. Diese Unterlassung sei jedoch seitens der Verwaltung sofort bemerkt und der fehlende Beitrag sei allen per Mail zugestellt worden, so dass nun alle im Besitz des vollumfänglichen Berichts seien. Gerade hier liege ja auch die Stärke einer guten Verwaltung; sie könne und müsse sich selber immer wieder prüfen und verbessern. Nur so sei eine Gewährleistung der Qualität garantiert. Es sei schlussendlich ein Prozess, welcher die geforderte Qualität nicht nur erfüllen, sondern noch verbessern sollte. Der heute ausgesprochene Dank sei nicht nur eine Anerkennung für die geleistete Arbeit, sondern auch ein Vertrauen des Parlaments in die zukünftige Arbeit der Verwaltung. Im Namen aller bedanke sie sich für diese Arbeit und sie hoffe, dass auch weiterhin eine gegenseitig inspirierende, fruchtbare Zusammenarbeit bei den anstehenden Arbeiten herrschen werde. Die GPK beantrage dem Parlament, den Verwaltungsbericht 2009 zu genehmigen.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich als gemeinderätlicher Sprecher bei der GPK-Sprecherin für die Blumen, welche er sehr gerne an die Mitarbeitenden weiterleiten werde. An der Struktur des Berichts sei gestützt auf die positiven Echos der letzten Jahre grundsätzlich nichts verändert worden. Es seien Signale eingegangen, dass die Informationstiefe dieses Werks gut geeignet sei und daher basiere der Verwaltungsbericht auf dem gleichen Konzept wie in den Vorjahren. Man werde sich bemühen, auch in den kommenden Jahren nicht nur gut zu arbeiten, sondern dies auch im Rahmen eines ansprechenden Verwaltungsberichts zu kommunizieren.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Lee Streit (forum) führt aus, sie möchte sich dem Dank der GPK-Sprecherin anschliessen und eine formale Kleinigkeit zum Verwaltungsbericht anbringen: Seit

letztem Jahr sei auf dem Innenblatt der Titelseite eine Legende zu den Fotos aufgeführt, dies finde sie sehr hilfreich. Sie möchte der Verwaltung auch herzlich danken für die bereitwillige und kompetente Beantwortung der im Vorfeld zur heutigen Sitzung anstehenden Fragen. Vor der Detailberatung stelle das forum den Antrag auf Nichtabschreibung seiner Motion "Einhaltung der Verkehrsauflagen in der Überbauungsordnung Gümligenfeld" (S. 14, 28.0). Der Grund dafür sei, dass die Bauentscheide betreffend Umnutzung des Media-Markt-Gebäudes und des Implenia-Neubaus vor Verwaltungsgericht noch hängig seien. Sie stelle im Moment nur den Antrag, in der Detailberatung werde Martin Häusermann als Erstunterzeichnender der Motion diesen näher begründen.

Johanna Ziberi (SP) erklärt, sie sei absolut einverstanden mit ihrer Vorrednerin und die SP werde den Antrag des forums unterstützen.

Kapitelweise Beratung:

Seiten 3 + 4

Keine Bemerkungen

Seiten 5-15

Martin Häusermann (forum) führt aus, er möchte kurz begründen, weshalb das forum mit der Abschreibung der Motion "Einhaltung der Verkehrsauflagen in der Überbauungsordnung Gümligenfeld" nicht einverstanden sei. Es gebe einen inhaltlichen und einen formellen Grund. Für den inhaltlichen Grund sei es wichtig zu verstehen, was die Motion bezwecke. Es sei darum gegangen, dass die zulässigen durchschnittlichen Tagesfahrten eingehalten würden und das forum habe wissen wollen, wie dies sichergestellt werde, welche Sanktionen bei Nichteinhaltung der Kontingente ergriffen und ob für die Gemeinde Kosten erwachsen würden. Im Zwischenbericht vom Oktober 2005 seien diese Fragen nicht abschliessend beantwortet worden. Deshalb erachte es das forum als gerechtfertigt, dass die Motion im Rat nochmals traktandiert werde. Der formelle Grund sei derjenige, dass gesagt worden sei, für eine Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse via Verwaltungsbericht gebe es eine Grundlage, dies sei vor einigen Jahren festgehalten worden. In der Geschäftsordnung sei jedoch kein entsprechender Hinweis zu finden und er wäre dankbar für die Information, wo diese Grundlage festgelegt sei. Er fordere die Ratsmitglieder auf, dem Antrag des forums Folge zu leisten.

Hans-Rudolf Saxer erklärt zu den Aussagen von Lee Streit, dass die Bauentscheide vor Verwaltungsgericht noch hängig seien, dass dies im Fall HRS eigentlich nicht mehr zutreffe. Vor rund drei Wochen habe das Verwaltungsgericht entschieden und den Entscheid der Baukommission Muri, wonach die Umnutzung im ersten Stock nicht vorgenommen werden könne, gestützt. HRS habe der Gemeinde gegenüber kommuniziert, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts nicht angefochten werde. Das Urteil werde demzufolge dieser Tage nach Ablauf der Rechtsmittelfrist rechtskräftig. Das Verfahren i.S. Implenia sei noch vor Verwaltungsgericht hängig. Er rechne damit, dass in den nächsten 2-3 Monaten das diesbezügliche Urteil ergehen werde. Der Gemeinderat beantrage die Abschreibung der Motion aufgrund folgender Ausgangslage: Die Baukommission Muri - diese sei im kommunalen Bereich die zuständige Behörde - habe das Fahrtenkontingent in ihren Bauentscheiden geregelt. Auf das Urteil des Verwaltungsgerichts könne nun weder die Baukommission Muri noch der Gemeinderat irgendwie Einfluss nehmen, diesbezüglich bestünden weder Handlungsmöglichkeiten noch Handlungsbedarf, das Urteil des Verwaltungsgerichts oder allenfalls des Bundesgerichts müsse vollzogen werden. Deshalb sei es konsequent, diesen Vorstoss abzuschreiben. Was die formelle Frage von Martin Häusermann betreffe, so sei diese Art der Abschreibung via Verwaltungsbericht nicht in der Geschäftsordnung enthalten. Vor ca. 4 Jahren sei sie als neue Praxis, einver-

nehmlich zwischen Parlament und Gemeinde, eingeführt worden. Bis anhin habe dies nie zu Diskussionen Anlass gegeben, nicht zuletzt deshalb, weil die Abschreibungen sehr transparent dargestellt würden und auch ein separater Antrag dafür gemacht werde. Wenn in nächster Zeit aus anderen Gründen die Geschäftsordnung des GGR angepasst werde, könne aber diese Art der Abschreibung von Vorstössen ebenfalls aufgenommen werden.

Urs Grütter (SVP) führt aus, er möchte hier Hans-Rudolf Saxer den Rücken stärken. Es mache nun wirklich nicht Sinn, in einem Fall, in welchem die Gemeinde keinen Handlungsspielraum mehr habe, eine Motion aufrecht zu erhalten. Es mache Sinn erneut eine Motion einzureichen, wenn es wieder Probleme gebe. Aber einfach eine Motion stehen zu lassen, weil es vielleicht in einem Jahr wieder Probleme geben könnte, mache nun wirklich nicht Sinn und sei nicht der Zweck eines parlamentarischen Instruments. Er schlage deshalb vor, die Abschreibung wie beantragt vorzunehmen.

Martin Häusermann (forum) möchte präzisieren, es gehe darum, den Vollzug der gesetzlichen Vorgaben sicherzustellen und nicht darum, Kontingente festzulegen. Man möchte wissen, wie die Einhaltung der Auflagen sichergestellt werde, wie sie kontrolliert werde, ob es Sanktionen gebe und ob es die Gemeinde etwas koste.

Seiten 16-21

Keine Bemerkungen

Seiten 22-30

Lee Streit (forum) hat eine Frage zu 40.30 Personalbestand Gemeindeverwaltung auf Seite 25: Unter Organisationseinheiten sei ersichtlich, dass bei der Bauverwaltung auch im vergangenen Jahr zwei bewilligte Stellen nicht besetzt gewesen seien. Vor zwei Jahren habe das forum bereits darauf hingewiesen, dass bei der grossen Arbeitsbelastung in der Bauverwaltung die Stellenbelegung zu überprüfen sei. Damals seien 1,3 Stellen nicht besetzt gewesen, 2008 seien es 2,1 gewesen, und es sei die Frage gestellt worden, ob der Gemeinderat gedenke, Massnahmen zu ergreifen. Seither sei nichts passiert. Sie möchte nun wissen, ob diese Massnahmen aus Spargründen unterlassen worden seien oder weshalb der Gemeinderat noch nichts unternommen habe.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, es sei keine materielle Entscheidung, dass der Gemeinderat beschlossen hätte, die Stellensituation - es gehe insbesondere um die Arbeitsbelastung im Hochbau - nicht zu überprüfen. Der Auftrag sei erteilt und er erwarte das Ergebnis der Abklärungen in den nächsten paar Wochen. Der Gemeinderat werde dann darüber diskutieren und entscheiden und er habe schon in der GPK-Sitzung gesagt, dass dem Parlament bis Ende Jahr ein Bericht zum Thema Überprüfung Baupolizei vorgelegt werde. Ein Stichwort darin sei u.a. die Kapazität in der Bauverwaltung.

Seiten 31-33

Lee Streit (forum) hat eine Frage zu 41.13 Private Bautätigkeit auf Seite 33: Die Bautätigkeit sei für die Jahre 2007-2009 aufgeführt, und zwar, was vorgesehen und was ausgeführt worden sei. Daraus sei ersichtlich, dass der Unterschied zwischen vorgesehener und ausgeführter Bautätigkeit immer grösser werde. Seien im Jahr 2007 noch über 90 % ausgeführt worden, seien es im Jahr 2009 nur noch etwas mehr als 50 % gewesen. Ob dies rezessionsbedingt sei oder ob es andere Gründe dafür gebe?

Hans-Rudolf Saxer erklärt, es sei schwierig, anhand dieser Zahlen Stellung zu nehmen, man müsste genau wissen, wie sich diese zusammensetzen würden. Die

vorgesehene Investitionssumme stamme aus den Baugesuchen, dort müsse angegeben werden, wie hoch das Bauvolumen sei. Er gehe davon aus, dass es zum Teil darauf zurückzuführen sei, dass gewisse Investitionsvorhaben "kühl gestellt" worden seien und man habe abwarten wollen, bis sich die wirtschaftliche Lage etwas entspanne. Es sei in einzelnen Bereichen auch so, dass gewisse Vorhaben hätten realisiert werden sollen, diese jedoch durch Einsprachen und Beschwerden blockiert worden seien. Es wäre aber unseriös zu sagen, wie sich dies prozentual verhalte.

Beat Wegmüller (SP) informiert, er habe in der vergangenen Woche einen Parlamentsbesuch in Worb gemacht. Dort sei dieselbe Frage aufgetaucht und das Departement Bau habe gesagt, es sei eine neue Zählmethode eingeführt worden im Rahmen der Baukontrolle und deshalb sei diese Differenz entstanden. Er habe sich nun erlaubt, dies hier weiterzugeben, ob es zutreffend sei oder nicht, könne er nicht beurteilen.

Seiten 34-43

Matthias Manz (SP) hat eine Frage zu 42.30, SBB-Tageskarten, auf Seite 36: Diesem Passus könne entnommen werden, dass eine sagenhafte Auslastung von 97,8 % vorliege, obwohl die Anzahl Tageskarten von 7 auf 10 erhöht worden sei. Der Presse habe man nun entnehmen müssen, dass die SBB diese Tageskarten einerseits sehr verteuern und andererseits die Leistungen massiv kürzen wolle, indem die Tageskarten erst ab 09.00 Uhr gültig wären. Man habe lesen können, dass zahlreiche Gemeinden bei der SBB vorstellig geworden seien und er möchte wissen, ob sich der Gemeinderat diesbezüglich ebenfalls an die SBB gewandt habe. Eine Gültigkeit erst ab 09.00 Uhr würde die Auslastung vermutlich stark sinken lassen.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, der Gemeinderat würde es sehr bedauern, wenn das Leistungsangebot stark reduziert und quasi als Kompensation der Preis stark erhöht würde. Die Problematik sei in der Kommission Verkehr der Regionalkonferenz Bern-Mittelland diskutiert worden und mit diesem Gefäss oder über den Verband für den öffentlichen Verkehr werde Druck auf die SBB ausgeübt. Dies bringe wesentlich mehr, als wenn die Gemeinde allein der SBB einen Brief schreibe. Zusammen mit andern 97 Gemeinden der Regionalkonferenz sei ganz klar die dringende Empfehlung an die SBB kommuniziert worden, von diesen Massnahmen Abstand zu nehmen.

Johanna Ziberi (SP) hat eine Frage zu 42.30, Buslinien des RBS, auf Seite 35: Bei der Diskussion über die Sanierung des Sonnenfeld-Kreisels sei zu hören gewesen, dass dort dringend eine Toilettenanlage für die Buschauffeure gebaut werden sollte. Dies sei dann irgendwie untergegangen und man habe nichts mehr davon gehört. Sie wolle sich nun erkundigen, ob dies noch ein Thema sei.

Christian Staub erklärt, die damalige Vorgabe sei nicht erfüllt worden, da sie nicht realisierbar gewesen sei. Betriebliche Organisationen hätten es ermöglicht, dass die Chauffeure bei der Firma Bigler ihre Notdurft verrichten können. Wenn alle Stricke reissen würden, könnten die Chauffeure auch die Toilette bei der Familie Gurtner benutzen. Es bestehe also kein Problem, man habe sich arrangieren können und die Chauffeure wüssten Bescheid.

Seiten 44-48

Keine Bemerkungen

Seiten 49-54

Keine Bemerkungen

Seiten 55-58

Keine Bemerkungen

Seiten 59-72

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Hans-Rudolf Saxer verlangt.

Abstimmung über den Antrag der forum-Fraktion (Nichtabschreibung der Motion "Einhaltung der Verkehrsaufgaben in der Überbauungsordnung Gümligenfeld"):

(19 Nein / 17 Ja / 1 Enthaltung)

Der Antrag der forum-Fraktion wird abgelehnt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

1. Der Verwaltungsbericht 2009 wird genehmigt.
2. Die Vorstösse gemäss Kapitel 28 (28.0 Motionen / 28.1 Postulate) werden als erfüllt abgeschrieben.

6 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2009, Abrechnung

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle kurz auf eine Differenz unter Ziff. 3 der Botschaft hinweisen. Beim Dammweg werde mit CHF 93'565.90 ein Plus ausgewiesen. Im Jahr 2008 sei eine Grobkostenschätzung erstellt worden, welche ohne Kenntnis aller Umstände, die in der Zwischenzeit eingetreten seien, einen Betrag von CHF 80'000.00 ergeben habe. Im Laufe der Zeit habe sich herauskristallisiert, dass das Projekt vor allem für den Gemeindeteil grösser werde. Das Terrain habe erhöht, das Trottoir verlängert werden müssen, der Baustellen-Perimeter sei grösser gewesen. Der Gemeinderat habe deshalb einem Kreditantrag der Planungs- und Verkehrskommission über CHF 183'000.00 entsprochen. Dieser Betrag müsse der Abrechnung über gut CHF 173'000.00 gegenüber gestellt werden, d.h. es liege nun eine Differenz von etwas weniger als CHF 10'000.00 vor. Zum Rahmenkredit selber zeige dieses Beispiel gut auf, dass man flexibel sei, dass man mit den CHF 500'000.00 auf solche Sachen reagieren könne, ohne das zuständige Organ um einen Nachkredit ersuchen zu müssen. Er bitte um Kenntnisnahme und darum, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird für Fraktionserklärungen nicht verlangt.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, er habe noch eine Frage zur Abrechnung Dammweg: Ob es sich dabei um den Bereich beim früheren Coop handle, oder ob der nunmehr eingegitterte Parkplatz auch saniert worden und in den CHF 173'000.00 enthalten sei?

Christian Staub erklärt, der Perimeter, welcher die Gemeinde und die Gemeindebetriebe betreffe, sei die reine Strassenführung und das Trottoir. Alles was dahinter liege, sei das Terrain des Eigentümers und heutigen Nutzers. Dieser habe Massnahmen vorgenommen, habe Parkplätze erstellt und Abschlüsse gemacht. Die Gemeinde habe aber viel mehr machen müssen, vor allem im Trottoirbereich. Die Gemeindebetriebe seien dort tätig gewesen und die Gemeinde habe sich anschliessen

- 25. Mai 2010 -

können. Es sei nicht so, dass zu Gunsten des Eigentümers irgendetwas realisiert worden wäre. Im Gegenteil: Dank dessen Entgegenkommen sei die Gemeinde in der Lage gewesen, eine derartige Lösung zu finden.

Lee Streit (forum) führt aus, vermutlich trage sie mit ihrer Frage Wasser in die Aare, aber sie stelle sie trotzdem: Ob die Trottoirabsenkungen wirklich in die Projekte integriert seien und in Zukunft nicht vergessen gehen würden, wenn sie nicht mehr speziell aufgeführt würden?

Christian Staub entgegnet, der jeweilige Betrag von CHF 50'000.00 für die Trottoirabsenkungen werde dort eingesetzt, wo er gebraucht werde, nämlich dort, wo gebaut werde. Es werde nicht extra eine Baustelle eröffnet für eine Trottoirabsenkung. Sollten einmal keine Absenkungen mehr gemacht werden müssen, werde der Kredit gestrichen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Staub nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2009 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 478'331.95 ab (Kreditunterschreitung von CHF 21'668.05).

7 Motion Graham (forum) betr. Schulwegsicherung in der Gemeinde; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt aus, in der Zwischenzeit habe im Mattenhofsaal eine Veranstaltung stattgefunden, anlässlich welcher der Schulwegsicherheitsbericht vorgestellt worden sei. Es seien ca. 60 Personen erschienen, welche mehrheitlich beeindruckt gewesen seien von der Menge, vom Umfang und von den daraus zu realisierenden Massnahmen. Im Bericht sei nicht alles erfasst, was zur Schulwegsicherheit gehöre, es handle sich um eine Bestandaufnahme aufgrund von Rückmeldungen aus den Quartieren und von den Leisten, welche sehr aktiv mitgemacht hätten. Zusammen mit ihnen würden denn auch die Umsetzungen geplant. Er wolle sich bei allen bedanken, welche aktiv mitgearbeitet hätten. Er könne sicher auch im Namen der Motionärin feststellen, dass es sich beim Bericht um ein umfassendes und interessantes Werk handle, welches eine super Grundlage für die Umsetzung biete. Es sei klar, daraus würden finanzielle Bedürfnisse entstehen. Im Rahmen des Möglichen würden die Massnahmen umgesetzt. 37 % der erwähnten Massnahmen seien zurückzuführen auf nicht korrekt zurückgeschnittene Hecken, was Sache der jeweiligen Eigentümer sei. Man überlege sich, in welcher Art und Weise die Eigentümer "abgeholt" werden könnten, damit das erreicht werde, was gebraucht werde, nämlich die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg.

Marina Graham (forum) möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um den Verantwortlichen ein grosses Dankeschön auszudrücken. Der Bericht Schulwegsicherung habe Hände und Füsse, sei übersichtlich, detailliert und sei professionell und kompetent ausgeführt. Er sei allen zugänglich und alle Bürgerinnen und Bürger könnten jederzeit Ergänzungen dazu eingeben, falls sie weitere gefährliche oder kritische Stellen be-

züglich Verkehrssicherheit finden würden. Der Infoabend vom 11. Mai sei gut besucht gewesen, was das breite Interesse für das Thema Schulwegsicherung aufzeige. Unglücklich sei einzig das Datum der Infoveranstaltung gewesen, da am gleichen Abend ausgerechnet das "Open House" für die Einteilung der SchülerInnen in die verschiedenen Schulhäuser stattgefunden habe. In Zukunft sollten solche Veranstaltungen mit dem gleichen Zielpublikum besser koordiniert werden. Ansonsten sei sie als Motionärin äusserst zufrieden.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Graham (forum) betr. Schulwegsicherung in der Gemeinde wird Kenntnis genommen.

8 Motion FDP/jf und SVP betr. Schulraumplanung

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung des Vorstosses.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Adrian Kauth (FDP) als Erstunterzeichnender gibt das Wort weiter an Rolf Friedli (SVP). Dieser erklärt, es freue ihn selbstverständlich, dass das Thema endlich auf den Tisch komme und eine substantielle Planung durchgeführt werden solle. Anfänglich habe es grossen Widerstand gegeben, dank der Mithilfe der FDP komme das Geschäft nun endlich mit der richtigen Dringlichkeit aufs Tapet und könne richtig geplant werden. Die Durchführung einer professionellen Planung mit allfälligen Varianten, welche die zukünftige Schulsituationen vorwegnehmen würden, sei sehr gut. Das Ganze sei nun gut aufgegleist. Leider seien nun schon wieder Bemühungen im Gang, den angedachten Planungsprozess zu unterlaufen. Er hoffe, dass der Gemeinderat zuerst plane, bevor er baue und der Versuchung widerstehe, politische Willensäusserungen einfach hinzunehmen. Er sei aber überzeugt davon, dass die Motion auf dem richtigen Weg sei.

Es wird Antrag auf Diskussion gestellt.

Beschluss

Dem Antrag wird mit mehr als 1/3 der Stimmen zugestimmt.

Johanne Ziberi (SP) erklärt, sie möchte darauf hinweisen, dass auch das vorliegende Geschäft antizyklisch zu behandeln sei. Das heisse, wenn es in der Gemeinde weniger Kinder habe, müsse mehr in die Infrastruktur investiert werden, damit Familien mit Kindern angezogen würden. Die Frage sei, ob wir in der Gemeinde Kinder haben möchten oder nicht. Bei Vorhandensein von guten Infrastrukturen würden jüngere Leute mit Kindern zuziehen.

Rolf Friedli (SVP) führt ein finanztechnisches Argument an. Herr Regierungsrat Gasche habe anhand der Schulplanung aufgezeigt, wie die Gemeinde grössere Einsparungen vornehmen könne. Bis jetzt habe die Gemeinde mit der Schliessung einer Schulklasse rund CHF 10'000.00 einsparen können. Wenn in Zukunft Klassen geschlossen werden müssten, könnten bis CHF 90'000.00 gespart werden. Es lohne sich also, über eine effizientere Gestaltung des Schulraums zu diskutieren. Dies sei das Ziel der Motion. Es gehe nicht darum, Bildungsinhalte zu streichen, sondern

darum, den Raum optimal zu nutzen. Jeder Franken, der in Schulraum fliesse, welcher nicht genutzt werde, sei ein falsch ausgegebener Franken. Dieser müsse in die Bildung der Kinder fließen und nicht in Stühle und Bänke, welche niemand brauche.

Urs Grütter (SVP) führt aus, als seine Frau und er sich entschieden hätten, Kinder zu haben, hätten sie weder an die Gemeinde Muri noch an Schulraum gedacht, sondern sie hätten sich nach der Decke gestreckt. Die Logik, dass man mit einem Ausbau von leeren Schulhäusern zu noch mehr leeren Schulhäusern Familien heranziehen könnte, sei für ihn nicht stringent. Die Sache liege anders. Wenn er etwa sehe, wie Nachbarn mit Kindern weggezogen seien, so sei es eben deshalb, weil man im Gegensatz zur Agglomeration Bern auf dem Land zum Preis X viel mehr Raum erhalte. Das böse Erwachen komme, wenn die Kinder 12- oder 13-jährig seien und den Garten halt nicht mehr so brauchen würden, da sie ins Kirchenfeld in den Gymer gehen würden. In diesem Fall wäre man dann froh gewesen, man wäre in der Gemeinde geblieben. Dies seien aber Sachen, die wir nicht mit Schulraum in den Grundschulen beeinflussen könnten. Deshalb spreche alles für eine Schulraumplanung und wie Rolf Friedli gesagt habe, sei jeder Franken, der in leeren Schulraum fliesse, ein verschwendeter Franken. Für diesen Franken würden besser Inhalte eingekauft, wovon die Kinder dann etwas hätten. Von einem leeren Klassenzimmer hätten sie im Gegensatz zu einer Steigerung des Bildungsangebots nichts.

Johanna Ziberi (SP) erklärt, sie müsse natürlich auf die nicht vorhandene Logik antworten und würde sagen, es gebe vermutlich so viele verschiedene Eltern, wie Leute hier im Saal seien. Ihre Familie habe sich danach gerichtet, wo die Bildung für die Kinder gut sei. Deshalb sei sie nach Muri zurückgekehrt. Muri habe die besseren Möglichkeiten für Kinder, als dies damals in der Stadt Bern der Fall gewesen sei. Dies dürfe nicht vernachlässigt werden. Forschungsuntersuchungen zum Thema grosse Klassen hätten gezeigt, dass Riesenklassen mit 26 Kindern, auch wenn sie gesetzlich zulässig seien, für die Kinder nicht förderlich seien.

Daniela Schönenberger (forum) führt aus, sie möchte der Auffassung widersprechen, wir seien in einer Gemeinde, welche primär leere Schulräume bewirtschaftete. Sehr wohl habe ein leeres Zimmer Auswirkungen auf die Qualität des Schulunterrichts. Wir würden zurzeit alles in Klassen integrieren, seien dies Kinder mit Leistungsdefiziten, mit körperlichen Behinderungen, mit geistigen Behinderungen. Wir würden den Schulraum brauchen, um sogenannte Normalschüler fördern zu können, indem Klassen unterteilt würden. Wir würden den Schulraum nutzen und es sei nicht richtig, wenn man die Meinung aufkommen lassen, wir würden in dieser Gemeinde primär leere Schulhäuser unterhalten.

Suzanne Fankhauser (SP) möchte sich ihren beiden Vorrednerinnen anschliessen. Qualität sei nicht rein intellektuell anzuordnen. Schulqualität habe auch etwas damit zu tun, in welchem Raum wir die Möglichkeit zum Arbeiten hätten. Sonst lade sie gerne zum Anschauen von Videos ein, wie es vor 10, 15 Jahren gewesen sei, mit 22 oder 24 Jugendlichen zu arbeiten, und wie dies heute sei. Wenn in einem kleinen Schulzimmer alle miteinander gleichzeitig unterrichtet würden und es vielleicht keine Kleinklassen mehr habe, weil es solche gar nicht mehr gebe, und man vielleicht noch ein paar POS-Kinder und ein paar Hyperaktive dabei habe, dann sei dies absurd.

Schliesslich hätten wir auch grössere Wohnungen als früher. Sie denke, mehr Raum brauche es auf jeden Fall, dem könne sie nur zustimmen.

Der Vorsitzende erklärt, er wolle diese Diskussion nun schliessen, da eine Bildungsdebatte geführt werde und es eigentlich um die Überweisung einer Motion gehe.

Das Schlusswort wird weder von Daniela Pedinelli noch vom Motionär verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion FDP/jf und SVP betr. Schulraumplanung wird überwiesen

9 Postulat Schneider (SP) betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schneider (SP) führt aus, er stelle fest, dass man den Trampelpfad heute nicht mehr sehe und wieder mit saubereren Schuhen in den Thoracker gelange. Er danke der Verwaltung für die speditive Aufnahme der Idee und für die schnelle Umsetzung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Schneider (SP) betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

10 Postulat Raaflaub (FDP) und Huber (jf) betr. Weihnachtsbeleuchtung der Gemeinde Muri

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor. Der Gemeinderat beantrage die Überweisung und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, vorab möchte sie sich für die schnelle Antwort auf das Postulat bedanken. Es sei erfreulich, dass der Gemeinderat bereit sei, analog zum Weihnachtsbaum in Muri auch einen in Gümligen aufstellen zu lassen. Ihr Antrag beziehe sich aber hauptsächlich auf eine Weihnachtsbeleuchtung an den Strassenlampen, wo jeweils auch der Fahنشmuck temporär montiert werde. In der oft hektischen und für viele Menschen auch bedrückenden Vorweihnachtszeit wäre es schön, wenn auch unsere Gemeinde ein Zeichen setzen würde. In praktisch allen Nachbargemeinden werde Weihnachtsschmuck in den Strassen montiert. Für viele Bürgerinnen und Bürger bringe dieser Licht und ein Wärmegefühl in die dunklen, kalten Tage. Dies würde auch bei uns für viele Leute zum Beispiel eine Verbesserung der Lebensqualität bringen. Es sei schade, dass der Gemeinderat dies nicht auch so sehe. Sie werde jedenfalls versuchen, das Ziel, eine Weihnachtsbeleuchtung in verschiedenen Strassenzügen der Gemeinde aufhängen zu lassen, weiterzuverfolgen. Das Postulat sei zwar formell abzuschreiben, der Gemeinderat habe geprüft und eine

- 25. Mai 2010 -

Antwort abgegeben, inhaltlich sei sie aber aus den erwähnten Gründen nicht einverstanden.

Johann Ziberi (SP) führt aus, die SP-Fraktion sei mit dem Antrag des Gemeinderats sehr einverstanden. Dies nicht deshalb, weil sie gegen die Idee von Ruth Raaflaub sei, die Gemeinde - vor allem auch während der Weihnachtszeit - attraktiv zu gestalten, sondern da es nachhaltigere Möglichkeiten für eine Umsetzung gebe. Bei ihr im Quartier habe es während der Weihnachtszeit enorm viele Lämpchen und Licht, da müsse die Gemeinde nicht auch noch etwas dazu beitragen. Es gebe sicherlich Möglichkeiten, andere, attraktivere Nischen zu finden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Patricia Gubler nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Raaflaub (FDP), Huber (jf) betr. Weihnachtsbeleuchtung in der Gemeinde Muri wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

11 **Interpellation forum-Fraktion betr. Inkraftsetzung und Umsetzung Landschaftsrichtplan**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Niklaus von Fischer (forum) dankt dem Gemeinderat für seine Stellungnahme. Die forum-Fraktion nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Landschaftsrichtplan seit dem 12. April als behördenverbindliches Instrument in Kraft sei. Die Antworten auf die Fragen 2, 3, 4 und 6 seien sehr allgemein ausgefallen, mit Informationen, die dem Budget, der Rechnung und dem Investitionsplan bzw. dem Anhang der Gemeindeordnung entnommen werden könnten. Er hätte sich gewünscht, ein paar weitergehende, konkretere Informationen zu erhalten. Beispielsweise genüge es ihm nicht, dass sich die Erfolgskontrolle der ökologischen Massnahmen lediglich auf die Beobachtungen der Beitragsempfänger beschränke. Tatsache sei auch, dass der Unterhalt der Strassen jährlich 10x mehr Mittel verschlinge, als der Unterhalt von Natur und Landschaft. In einzelnen Punkten werde sich das forum deshalb überlegen, mit weiteren Vorstössen nachzuhaken.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

12 **Interpellation forum-Fraktion betr. Richtplan Siedlungsentwicklung**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Martin Häusermann (forum) bedankt sich für die gemeinderätliche Antwort. Mit seinen Grundsatzfragen habe das forum beabsichtigt, Transparenz in das heikle Thema Richtplan Siedlungsentwicklung zu bringen. Leider würden die Antworten des Gemeinderats eher vage und unverbindlich ausfallen. So seien zum Beispiel die Ziele, der Ablauf und die Organisation nur ansatzweise erkennbar. Ebenso bleibe unklar, welche Haltung der Gemeinderat bezüglich Planer habe. Hier stelle sich ins-

- 25. Mai 2010 -

besondere die Frage, ob ein Wechsel des bisherigen Planers zur Diskussion stehe. Er nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat in den nächsten Monaten die Arbeiten angehen wolle und warte deshalb gezwungenermassen noch etwas zu. Grössenordnung im September des laufenden Jahres werde das forum die Fortschritte beurteilen und gegebenenfalls wieder aktiv werden.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

13 **Interpellation Gautschi (forum) betr. Wärmeverbund HACO**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Stefan Gautschi stellt Antrag auf Diskussion.

Beschluss

Dem Antrag wird mit mehr als 1/3 der Stimmen zugestimmt.

Stefan Gautschi (forum) bedankt sich für die äusserst aufschlussreiche und umfassende Antwort auf seine Interpellation. Gerne möchte er die erhaltenen Antworten zusammenfassend festhalten und kommentieren:

1. Der Wärmeverbund HACO werde keine öffentliche Anlage. Dadurch, dass das Schulhaus Moos kurzfristig nicht Teil des Wärmeverbundes werden solle und nur die Gebäude der Siloah AG und allenfalls die ISB angeschlossen würden, sei der Wärmeverbund HACO nicht mehr eine Angelegenheit der Öffentlichkeit. Dies sei der Unterschied zum fast identischen Wärmeverbund Möslin in Ostermündigen, wo die Abwärme eines Industriebetriebs genutzt werde und die Bevölkerung sich mit CHF 4,5 Mio. bzw. 80 % der Kosten daran beteiligt habe.
2. Ob die Nutzung der Abwärme aus einem Industriebetrieb wirtschaftlicher sei, als die Wärme-Kraft-Kopplung? Der Wärmeverbund der Siloah AG werde gemäss Informationen aus dem Internet heute mit der Wärme-Kraftkopplung durch ein Blockheizkraftwerk betrieben. Gemäss der Antwort lasse sich schliessen, dass dieses in vielen Kreisen als ökologisch eingestuftes Heizsystem unwirtschaftlich sei und dass es sich lohne, durch einen neuen Wärmeverbund die Wärme des Blockheizkraftwerkes mit der Abwärme der HACO zu ersetzen.
3. Das Legislaturziel "Förderung von Wärmeverbänden" sei in dieser Form zu hinterfragen. Ein Wärmeverbund sei ein gross angelegtes Heizsystem, welches einen örtlichen Energieträger (Wald, KVA, Industrie) mit nahe gelegenen, grossen Konsumenten (Schulhäuser, Wohnsiedlungen, Spitäler) mit Wärme versorge. Das Gebiet um die HACO wäre mit der Ansammlung von neuen Bauvorhaben prädestiniert gewesen, einen gross angelegten Wärmeverbund zu bilden. Als Hindernis würden wahrscheinlich die fehlenden geeigneten Energieträger gelten. Die anfallenden Energien wie Abfälle und Abwasser würden anderweitig genutzt. In diesem Sinne plädiere er dafür, die Bildung von Wärmeverbänden als Legislaturziele zu hinterfragen. Auch wenn der bald entworfene Energierichtplan noch Möglichkeiten eines Wärmeverbundes aufzuzeigen vermöge, so seien eine Vielzahl von Grossabnehmer wie CS, Einkaufszentrum Turbenweg, Alte Teigi, im Bau und in Planung und zu weit fortgeschritten, um deren Heizsystem noch rechtzeitig in einen Wärmeverbund zu integrieren.
4. HACO als langfristig gesicherter Energielieferant: Er sei nicht einverstanden mit dem Hinweis, dass ein 100-jähriges Familienunternehmen eine Garantie sei für eine langfristig gesicherte und zuverlässige Energieversorgung eines Wärmeverbunds. Neben der unerwarteten Stilllegung der Kartonfabrik Deisswil möchte er

ebenso auf die Abfallentsorgung des Muriger Abfalls in der KEBAG Zuchwil hinweisen. Bis vor 2 Jahren sei 1/3 der Wärmeenergie aus der Abfallverbrennung KEBAG als Dampf in die Zellstofffabrik Borregaard geliefert worden. Nachdem auch diese Fabrik die Tore schliessen müssen, könne diese Energie bis auf Weiteres nicht genutzt werden und entweiche als Dampf in die Atmosphäre.

5. Es werde noch auf die Nutzung der Wärme aus den HACO-Grundwasserbrunnen verwiesen. Er wolle darauf hinweisen, dass gemäss GEO-Portal des Kantons Bern ein Verbot für die Wärmenutzung der HACO-Grundwasserbrunnen bestehe. Die Grundwasserbrunnen würden in der Trinkwasserschutzzone S stehen, wo die Wärmenutzung von Wasser wie auch die Installation von Wärmepumpen verboten sei. Diese wertvollen Quellen von hochwertigem Trinkwasser würden wohl kaum einmal zur Wärmenutzung zugelassen.

Das Projekt Wärmeverbund HACO zeige, wie komplex das Energiethema sei. Das Forum hoffe, dass die wertvollen Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem HACO-Projekt in den Energi Richtplan und die Massnahmen zu BEakom einfließen könnten.

Christian Staub erklärt, er spreche hier nicht als Gemeinderat sondern als Verwaltungsratspräsident des Wärmeverbunds Siloah. Er wolle darauf hinweisen, dass die Stromproduktion mit dem Blockheizkraftwerk ein riesiges Minusgeschäft sei. Die Ölpreise seien derart hoch, dass man nicht das zurückerhalte, was an Strom produziert werde, es müsste also jedes Mal "draufgelegt" werden. Dies sei ein wesentlicher Grund dafür gewesen, dass das BHKW abgestellt worden sei. Im Übrigen sei dieser Generator 15-jährig und somit am Ende seiner Laufzeit gewesen. Ein Ersatz hätte eine Investition von knapp CHF 1 Mio. zur Folge und der Wärmeverbund Siloah verfüge schlicht nicht über diese Mittel. Die Planung im Rahmen des Wärmeverbunds Siloah führe dahin, dass ein Verbundnetz mit der Abwärme der HACO erstellt werde und gleichzeitig ein kleines BHKW errichtet werde, welches den Eigenstrombedarf im Bereich des Perimeters Siloah sicherstelle. Dies sei die Strategie der AG, welche nicht auf irgendjemand Rücksicht nehmen müsse, sondern ihre primären Bedürfnisse abzudecken habe. Sie sei auch nicht gewinnorientiert, er hätte jedenfalls noch nicht feststellen können, dass er aus den Tantiemen leben könnte. Stefan Gautschi habe auf die grossen Bauvorhaben verwiesen. Dazu sei zu sagen, dass diese Gebäude derart gut - isolationsmässig und wärmetechnisch - ausgerüstet seien, dass sie meistens gar keine zusätzliche Energie benötigen würden. Dies könne man auch bei den Gebäuden im Siloah feststellen, dort werde fast keine Energie gebraucht, es finde eine Rückgewinnung in jeder Form statt, zum Beispiel im Rahmen des Spitals. Es wäre allenfalls im Bereich der öffentlichen Schule, der Moosanlage, etwas zu holen. Bei allen anderen Gebäuden sei es wirtschaftlich nicht zu realisieren, dies hätte eine Studie gezeigt.

Johanna Ziberi (SP) führt aus, sie möchte auf die interessante Idee von Stefan Gautschi mit den grossen geplanten Bauvorhaben zurückkommen. Es würde noch ein Instrument geben, welches der Gemeinderat einsetzen könnte, nämlich die ZPP. Im Rahmen der Überbauungsordnung könnte verlangt werden, dass ein zukünftiger Investor auf den Wärmeverbund zugreifen müsste und nicht einfach machen könne, was er wolle. Dies wäre eine Anregung an die Adresse des Gemeinderats.

Christian Staub erklärt, im Rahmen des Infrastrukturvertrages mit der ISB sei darauf hingewiesen worden, dass das grosse Interesse bestehe, dass die ISB mit dem Wärmeverbund zusammenarbeite bzw. sie werde eigentlich dazu aufgefordert. Die ISB habe Interesse gezeigt und signalisiert, dass sie soweit möglich gewisse erneuerbare Energien nutzen wolle. Ein Anschluss der ISB wäre optimal. Auf dem Areal seien zudem noch andere Ausbauten geplant, z.B. vom Aarhus.

Kornelia Hässig führt aus, sie möchte vermeiden, dass der Eindruck entstehe, es würde ein Geheimnis daraus gemacht. Der Stand sei derjenige, dass man immer

noch in Verhandlungen stehe, wie das Ganze aussehen solle. Ende Monat werde eine Sitzung stattfinden und sie hoffe, dass sie anschliessend mehr darüber sagen könne. Zur Frage bezüglich Öffentlichkeit sei es im Moment vorauszusehen, dass man vorerst einmal in einer ersten Etappe mit dem Gebiet Siloah und der ISB vorwärts mache, was auch wirtschaftlich sei. Im Übrigen sei ein Energierichtplan in Planung, der zeigen werde, wo welche zukünftige Energienutzung sinnvoll sei und gefördert werden sollte.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

14 Informationen des Gemeinderats

Tagesschule Horbern

Roland Meyer orientiert, der Zeit- und der Finanzplan könnten eingehalten werden. Im August einmal werde ein Tag der offenen Tür durchgeführt. Die entsprechende Einladung für die Besichtigung folge schriftlich.

Sanierung Füllerich

Roland Meyer erklärt, diesbezüglich sei alles Notwendige zusammengetragen worden - mit dem Wunschbedarf, mit dem, was gemacht werden müsse - und es liege alles auf dem Tisch. Die Ratsmitglieder würden zu gegebener Zeit die Unterlagen erhalten und er könne bereits heute sagen, dass es eine Priorisierung geben werde.

Tanklöschfahrzeug

Christian Staub informiert, am 29. Juni 2010, 18.00-20.00 Uhr, bestehe die Möglichkeit, mit dem neuen Tanklöschfahrzeug eine Runde zu drehen. Die Feuerwehr habe sich dazu bereit erklärt, und zwar im Zusammenhang mit der beweg-bar, welche die Fussballmeisterschaft übertrage. Anlässlich der Kreditabrechnung habe er dies bereits versprochen, doch nach Ende der Sitzung sei das Fahrzeug weg gewesen.

15 Neue parlamentarische Vorstösse

Überparteiliche Motion betreffend Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus

Der Gemeinderat wird beauftragt, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgabe, bis spätestens zum 1. Februar 2011 im Melchenbühl-Schulhaus den dritten Tagesschul-Standort einzurichten.

Begründung:

Die Gemeinde Muri steht bezüglich der Qualität ihrer Tagesschulangebote im innerkantonalen Vergleich sehr gut da. Das Betriebskonzept der Tagesschule Muri-Gümligen wurde von der Erziehungsdirektion als mustergültig bezeichnet und auf ihrer Website als Vorlage aufgenommen. Sowohl die Tagesschule Moos wie auch die Tagesschule Horbern verfügen über sehr ansprechende Räumlichkeiten und pädagogisch qualifizierte und motivierte Betreuerinnen und Betreuer. Der vertrauensvolle Umgang mit den Kindern und die gute Erfahrungen ermuntern die Eltern dazu, ihren Bedarf an Betreuung in der Gemeinde anzumelden, so dass die Nachfrage an Tagesschulplätzen nach wie vor zunimmt. Der erhöhten Nachfrage versuchte der Gemeinderat vor einem Jahr durch die Schaffung eines zusätzlichen Mittagsmoduls in den Nebenräumen der Turnhalle der Schulanlage Moos gerecht zu werden. Bereits die Zahlen der Evaluation des Betreuungsbedarfs im Jahr 2009 liessen aber aufhorchen und vermuten, dass diese zusätzliche Kapazität nicht ausreicht. Nun

- 25. Mai 2010 -

bestätigen die Voranmeldungen für das Schuljahr 2010/2011 nicht nur die Prognosen aus dem Jahr 2009, sondern übertreffen diese sogar. Vermehrt bevorzugen Eltern schulpflichtiger Kinder den sinnvollen Wechsel aus der KITA in die Tagesschule. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände und der demographischen Situation, zeichnet sich bereits auf das kommende Schuljahr hin in unserer Gemeinde eine Angebotslücke ab, welche nicht durch die bestehenden Tagesschulen Moos und Horbern aufgefangen werden kann.

Das Schulhaus Melchenbühl verfügt über gute Voraussetzungen, vorhandene Räumlichkeiten mit vertretbarem Aufwand und Kosten einer Nutzung durch die Tagesschule zuzuführen. Die Realisierung müsste in einem Zeithorizont von neun Monaten machbar sein.

Muri bei Bern, 25. Mai 2010

D. Schönenberger, M. Graham, J. Ziberi, D. Kempf, S. Gautschi, B. Marti, S. Fankhauser, F. Ruta, U. Wenger, L. Streit, M. Häusermann, M. Manz, Y. Brügger, B. Schneider, R. Wakil, N. von Fischer (16)

Interpellation forum-Fraktion, betreffend „Aufbauhilfe für die Verbesserung der kommunalen öffentlichen Infrastruktur“ in der Republik Moldau

In Erfüllung eines überwiesenen Postulates des forum unterstützt unsere Gemeinde seit 2007 Kleinprojekte in der Republik Moldau, in diesem ärmsten Land Europas: mit CHF 20'000.00 jährlich, vor allem Sanierungen im Bereich Kindergärten und Schulen. Unsere zur Verfügung gestellten Mittel fliessen über das HEKS und seine Partnerorganisation vor Ort (Pro Cooperazione Regionale) direkt in diese lokale Infrastrukturverbesserung. In den LoNa ist jedes Jahr über die reale Zweckbestimmung informiert worden.

In der GGR-Sitzung vom 19. September 2006 informierte der Gemeinderat zum Vorgehen in einem Zwischenbericht unter Punkt e) Nach 3-4 Jahren kann entschieden werden, ob die Hilfe fortgesetzt werden soll.

Fragen

In welcher Form erfolgte jeweils der Rechenschaftsbericht des HEKS?

Ist daraus ersichtlich, ob vor Ort durch Aufbringen von Eigenmitteln verantwortungsbewusst mit Gemeindegeldern umgegangen wird und zeigt sich dies auch durch sorgfältigen Umgang mit den sanierten Anlagen?

Trägt die zeitlich begrenzte Eigenarbeit dazu bei, dass weitere Arbeitsplätze geschaffen werden können und dass so der Abwanderung entgegengewirkt werden kann?

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit der Gemeinderat auch im Voranschlag fürs Jahr 2011 wieder CHF 20'000.00 für diese Aufbauarbeit einsetzt?

25. Mai 2010

L. Streit, N. von Fischer, D. Schönenberger, B. Marti, S. Gautschi, M. Graham (6)

Einfache Anfrage Streit (forum) betr. Erteilen einer Baubewilligung in unserer Gemeinde

- 25. Mai 2010 -

1. Wie ist in unserer Gemeinde sichergestellt, dass alle Bauvorhaben nach dem gleichen Massstab beurteilt werden?
2. Nach welchen Kriterien wird der Beizug des Gestaltungsausschusses beschlossen (da längst nicht bei allen Bauvorhaben)? Gemäss Baureglement Art. 31 geschieht das bei wichtigen Fragen, die Gestaltung und Überbauungsordnungen betreffen. Was heisst das konkret?
3. Unter welchen Voraussetzungen kann ein Gestaltungsausschuss abschliessend einen Bauabschlag beantragen, wenn im Bauvorhaben alle Vorgaben des Baureglements erfüllt sind und wenn nach der Publikation der Baueingabe keine Einsprachen gemacht werden?
4. Spielt es bei der Beurteilung eine Rolle, ob auf dem Grundstück bereits eine (unbewohnte, veraltete) Baute vorhanden ist?

25. Mai 2010

Lee Streit

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, die nächste Sitzung finde am 22. Juni 2010 statt. Der Gemeinderat werde anlässlich dieser Sitzung über die Machbarkeitsstudie Szenarien Umbau A6 orientieren.

Im Übrigen habe er noch eine Mitteilung zum Ratsausflug: Dem Verwaltungsbericht sei zu entnehmen, dass im letzten Jahr 1'579 Tonnen Altpapier und Karton in unserer Gemeinde gesammelt worden seien. Er habe eigentlich für den Ratsausflug eine Besichtigung der Kartonfabrik Deisswil organisiert. Wie allen bekannt sei, sei dies nun leider nicht mehr möglich, es könnten nur noch stillgelegte Maschinen besichtigt werden. Für ihn hätte ein besonderer Grund vorgelegen, die Fabrik zu besichtigen, habe ihn doch sein Schulweg jeweils durch diese Fabrik geführt. Der Ratsausflug finde trotzdem am 2. September 2010 mit einem anderen Programm statt und er hoffe für alle Deisswiler, dass eine gute Lösung gefunden werde.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller

Anni Koch